



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

20. Februar 2023

Ägypten

Menschenunwürdige Zustände in neuem Badr-Gefängnis

In dem Ende 2021 eröffneten neuen Gefängnis-Komplex „Badr Correctional & Rehabilitation Center“, etwa 60 km nordöstlich der Hauptstadt, sollen die Inhaftierten nach Berichten von lokalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen weiterhin menschenunwürdigen Bedingungen, wie beispielweise Mangel an Lebensmitteln und Kleidung, Isolationshaft, Schlafentzug sowie der Verweigerung lebensnotwendiger medizinischer Versorgung, ausgesetzt sein. Zu den erhobenen Vorwürfen äußerten sich die staatlichen Behörden bisher nicht. Der Gefängnis-Komplex, in welchem auch zahlreiche politische Gefangene inhaftiert sind, soll den Behörden zufolge mit modernen Arbeitsstätten, Sportanlagen sowie einem Krankenhaus ausgestattet sein und der Überbelegung in den bisherigen Haftanstalten entgegenwirken.

Äthiopien

Mindestens 50 Tote in Lager für Binnenvertriebene

Nach einem Bericht der äthiopischen Menschenrechtskommission (EHRC) wurden bei einem Angriff auf ein Lager für Binnenvertriebene in der Zone East Wollega im Regionalstaat Oromia mindestens 50 Menschen, darunter Jugendliche und Kinder, getötet. Für den Vorfall in der Stadt Ano, etwa 380 km westlich der Hauptstadt Addis Abeba, der sich zwischen dem 02.02. und 04.02.23 ereignete, wird die Oromo Liberation Army (OLA/Shene) verantwortlich gemacht. Ein Vertreter der OLA bestätigte den Angriff, Ziel seien aber amharische Milizen gewesen, die im Lager trainierten. Beim Gegenangriff der Sicherheitskräfte soll es acht weitere Todesopfer gegeben haben, die, so offizielle Stellen, mit der OLA kollaboriert hätten.

Afghanistan

Sicherheitslage: Kampf der Taliban gegen ISKP, Unterstützung der pakistanischen TTP

In der Provinz Badghis haben die Taliban am 14.02.23 einen ihrer Distriktsgouverneure festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen mit dem Islamischen Staat der Khorasan Provinz (ISKP) zusammenzuarbeiten. Andere Quellen verweisen jedoch auf ethnische Konflikte. Am 13.02.23 griffen die Taliban nach eigenen Angaben ein Versteck des ISKP in Kabul an und töteten dabei mehrere Kämpfer.

Die Taliban sollen laut einem Bericht des United States Institute of Peace (USIP) vom 14.02.23 die pakistanischen Taliban (Tehreek-e-Taliban Pakistan, TTP) unterstützen (viele Führungsmitglieder agieren von Afghanistan aus) und deren Vorhaben in Pakistan befürworten. Insbesondere der Emir Akhunzada stimmte den TTP zu, dass das aktuelle pakistanische politische System „unislamisch“ sei. Einige Taliban wiederum werfen der pakistanischen Regierung vor, den ISKP in Afghanistan zu unterstützen.

Verfolgungslage und Regierungsführung

Eineinhalb Jahre nach der Machtübernahme durch die Taliban zeigen die Recherchen des Pressemediums Aamaj News, dass vier Fünftel der Kabinettsmitglieder Paschtunen sind; die nahezu alle den Taliban angehören. Der Umfrage zufolge gehören drei Viertel der Gouverneure der paschtunischen Ethnie an und sind Taliban-Mitglieder. Die Taliban haben am 17.02.23 elf Personen in der Provinz Badakhshan für verschiedene Vergehen ausgepeitscht.

Humanitäre Lage: Taliban-Verbot von Verhütungsmitteln

In einigen Provinzen haben die Taliban Apotheken und Hebammen verboten, Verhütungsmittel zu verkaufen. Laut einem Presseartikel vom 17.02.23 sei ihre Verwendung durch Frauen für die Taliban „eine westliche Verschwörung zur Kontrolle der muslimischen Bevölkerung“. Daraufhin sind die Preise von informell gehandelten Verhütungsmitteln stark gestiegen. Schon im Jahr 2022 war die Müttersterblichkeitsrate ca. 30% höher als vor der Machtübernahme der Taliban. Ohne einfach erhältliche Verhütungsmittel ist eine weitere Steigerung der Müttersterblichkeitsrate zu erwarten.

Bei starken Schneefällen in der Provinz Badakhshan am 15.02.23 sind mindestens acht Personen gestorben.

Algerien

Familienangehörige der Journalistin Amira Bouraoui verhaftet

Medienangaben zufolge haben Sicherheitskräfte am 11.02.23 die Schwester und die Mutter der nach Frankreich ausgereisten kritischen Journalistin und Aktivistin, Amira Bouraoui, festgenommen sowie deren Wohnungen durchsucht. Die Schwester Bouraouis wurde kurze Zeit später wieder freigelassen, ihre Mutter verblieb dagegen in Haft und wurde nach Annaba verbracht, wo ein Haftrichter über ihre Inhaftierung entscheiden soll.

Die französisch-algerische Aktivistin war am 03.02.23, bei dem Versuch nach Frankreich auszureisen, von den tunesischen Behörden verhaftet worden, Algerien forderte ihre Auslieferung. Auf diplomatische Initiative Frankreichs konnte Bouraoui jedoch am 06.02.23 von Tunesien nach Frankreich reisen. Bouraoui, welche als prominente Unterstützerin der Hirak-Bewegung gilt und eine wöchentliche Sendung bei dem regimekritischen Radiosender Radio M moderierte, war im Mai 2021 aufgrund ihrer Äußerungen wegen der vermeintlichen Beleidigung des Islams und des Staatspräsidenten zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt worden. Sie legte Berufung gegen das Urteil ein; diese ist noch anhängig.

Bangladesch

WFP kürzt Hilfen für Rohingya-Flüchtlinge

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) wird die Hilfen für die 750.000 in Flüchtlingslagern lebenden Rohingya ab März 2023 um 17% auf zehn USD pro Person kürzen, weil 125 Mio. USD an Finanzmitteln fehlten. Ohne neue Mittel seien weitere Kürzungen ab April 2023 notwendig. Die in den Flüchtlingslagern lebenden Rohingya befinden sich bereits in einer unsicheren Ernährungslage. Zudem haben die Zustände in den überfüllten Lagern u.a. zu Kriminalität, Kinderarbeit und -ehengeführt. In der Hoffnung auf ein besseres Leben z.B. in Malaysia und Indonesien überqueren regelmäßig Boote mit Rohingya die Andamanensee. Zuletzt erreichte am 16.02.23 ein Boot mit 69 Rohingya die indonesische Provinz Aceh.

Bericht über kriminelle Organisationen in Rohingya-Flüchtlingslagern

Am 15.02.23 veröffentlichte der Ständige Ausschuss des Parlaments für das Verteidigungsministerium einen Bericht über Aktivitäten krimineller Organisationen in Rohingya-Flüchtlingslagern. Demnach seien drei größere kriminelle Gruppen, darunter die Arakan Rohingya Salvation Army (Arsa) und sieben kleinere Banden, in den Rohingya-Lagern aktiv. Im Lager Konapara konnten die regelmäßigen Polizeipatrouillen nicht verstärkt werden. Arsa dominiert dieses und die Lager Balukhali, Hwaikwang, Palangkhalı und Ukhiya. Die Rohingya Solidarity Organization (RSO) und Master Munna Dal konzentrieren sich auf die Lager Ukhiya und Palangkhalı. Islami Mahaz und Zabu Dakat Dal sind im Lager Hwaikwang aktiv, im Lager Nayapara die Banden Chakma Dakat Dal, Nabi Hossen Dakat Dal, Putiya Dakat Dal, Salman Shah Dakat Dal und Khalek Dakat Dal. Revierkämpfe zwischen der Arsa und Nabi Hossen Dakat Dal fordern regelmäßig Opfer.

Belarus

Weitere Verurteilungen wegen Sabotageakten

Laut staatlichen Agenturmeldungen und Angaben der belarussischen Menschenrechtsorganisation Viasna zufolge verurteilte ein Gericht in der Stadt Mahiljou (Mogiljow) am 10.02.23 drei Männer zu Haftstrafen aufgrund einer ihnen vorgeworfenen Beteiligung an Sabotageakten an Bahngleisen. Diese sollten der logistischen Behinderung russischer Streitkräfte auf belarussischem Territorium im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine dienen. Zwei der Männer wurden auf Grundlage der ihnen vorgeworfenen Anklagepunkte, u.a. Hochverrat und Beteiligung an organisierten terroristischen Aktivitäten, zu Haftstrafen von jeweils 22 Jahren verurteilt. Der dritte Angeklagte wurde zu einer 18-monatigen Haftstrafe verurteilt, jedoch unter Berücksichtigung bereits verbrachter Haftzeit und eines Amnestiegesetzes freigelassen. Bereits im vergangenen Sommer waren mehrere Personen im Zusammenhang mit Sabotageakten an Bahninfrastruktur zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt worden (vgl. BN v. 15.08.22).

Benin

Fahrverbot für Motorräder

Aus Sicherheitsgründen haben Behörden ein nächtliches Fahrverbot für an die Nachbarstaaten Togo und Burkina Faso angrenzende Landesteile verhängt, darunter das Gemeindegebiet Matéri und Teile der Gemeinde Cobly. Matéri und Cobly liegen beide im Département Atakora. Die Maßnahme gilt Medienberichten zufolge seit Mitte Februar 2023 ohne zeitliche Befristung für den Zeitraum von 21 bis 6 Uhr. Im Gemeindegebiet Cobly betroffen sind die Ortschaften Pentenga, Goure-Potal, Tokidi, Datori, Anakade und Ouyerioun. Sicherheitskräfte vor Ort sollen das Verbot durchsetzen. Hintergrund ist die von militanten und kriminellen Gruppierungen im Norden Benins ausgehende Bedrohungslage (vgl. BN v. 28.11.22). Diese Akteure benutzen häufig Motorräder. Islamisten sollen sich zu zwei im Sommer 2022 im nordöstlichen Departement Alibori verübten Anschlägen bekannt haben. Am 10.02.23 ereignete sich ein Anschlag in der an den Nordwesten des Landes angrenzenden togoischen Präfektur Kpendjal (siehe Beitrag zu Togo).

Brasilien

Mindestens 36 Tote nachschweren Regenfällen

Laut Angaben der Regierung des Bundesstaates São Paulo vom 19.02.23 sind mindestens 36 Personen nach Überschwemmungen und Erdbeben in Folge schwerer Regenfälle gestorben. In sechs Städten wurde der Notstand ausgerufen, zahlreiche Menschen sind weiterhin verschüttet, über 330 Personen obdachlos.

Burundi

Vier Angehörige von Menschenrechtsorganisationen vor Abflug auf dem Flughafen Bujumbura verhaftet

Lokalen Presseberichten zufolge sind am 14.02.23 vier Angehörige von Menschenrechtsorganisationen festgenommen worden, als sie versuchten, zu einer Konferenz mit zivilgesellschaftlichen Organisationen nach Uganda zu reisen. Zeugen am Flughafen Bujumbura und Angehörige der nationalen Menschenrechtskommission Ligue Iteka erklärten gegenüber internationalen Medien, dass Angehörige des nationalen Geheimdienstes die Verhaftungen am 14.02.23 vorgenommen hätten. Von den burundischen Strafverfolgungsbehörden gab es keine unmittelbare Stellungnahme. In dem ostafrikanischen Land wird häufig gegen Menschenrechtsaktivisten und Menschenrechtsaktivistinnen vorgegangen, die die derzeitige Regierung und frühere Regierungen beschuldigt haben, Kritiker und Kritikerinnen zu verfolgen.

China

Proteste gegen Gesundheitsreformen

Am 14.02. und 15.02.23 gingen in den Millionenmetropolen Wuhan und Dalian tausende Menschen im Rentenalter auf die Straße, um gegen Kürzungen bei Krankenversicherungsleistungen zu protestieren. Dabei kam es Medienberichten zufolge zu Zusammenstößen mit der Polizei und zu mehreren Festnahmen, die teils im Vorfeld der Proteste erfolgten. Bereits am 08.02.23 waren mehrere tausend Personen vor den Büros der Stadtverwaltung von Wuhan zusammengekommen und hatten eine Erklärung für die Anfang Februar 2023 in mehreren Provinzen in Kraft getretenen Reformen gefordert. Statt monatlich 260 RMB (rd. 35 EUR; Stand: 20.02.23) bekommen die meisten nun nur noch rd. 80 RMB (rd. 11 EUR) für den Kauf von Medikamenten.

Côte d'Ivoire

Urteile gegen Unterstützende von Guillaume Soro weitgehend bestätigt

Am 13.02.23 bestätigte die Berufungskammer des zuständigen Gerichts in Abidjan die Urteile gegen neun von elf Personen, die am 23.06.21 wegen eines versuchten Angriffs auf die Sicherheit des Staates zu unterschiedlich langen Haftstrafen verurteilt worden waren. Bei der Gerichtsentscheidung damals waren der sich im Exil befindliche Ex-Premierminister und -Parlamentspräsident Guillaume Soro und 18 seiner Unterstützenden verurteilt worden (vgl. BN v. 02.08.21). Wie Medienberichten, hob die Berufungskammer das Urteil gegen einen ehemaligen Berater Soros und den ehemaligen Minister Alain Lobognon, denen beide damals mit 17 Monaten Haft das mildeste Strafmaß auferlegt worden war, auf. Demgegenüber erhielt es die Gefängnisstrafen für weitere neun Angeklagte mit bis zu 20 Jahren Haft aufrecht. Auch die Auflösung von Soros politischer Bewegung Générations et peuples solidaires (GPS) soll durch das Urteil bestätigt worden sein. Uneinheitlich ist die Berichterstattung hinsichtlich dessen, ob auch das Urteil gegen Soro selbst zu einer lebenslänglichen Haftstrafe bestätigt wurde. Ein Anwalt der Verteidigung kündigte Kassationsbeschwerde gegen die aufrechterhaltenen Urteile an.

Wiederöffnung der Landgrenzen

Nach fast drei Jahren der Schließung aufgrund der Covid-19-Pandemie öffnete Côte d'Ivoire am 16.02.23 seine Landgrenzen wieder, die am 22.03.20 geschlossen worden waren. Die Luft- und Seegrenzen waren bereits 2020 nach wenigen Monaten wieder geöffnet worden. Das geht aus Medienberichten hervor, laut denen der grenzüberschreitende Handel für die Grenzregionen sehr wichtig sei. Der Beschluss zur Wiederöffnung solle aber auch dazu führen, dass inoffizielle Grenzübertritte reduziert würden. Zuletzt habe es einen Zustrom von rd. 8.700 Flüchtlingen aus Burkina Faso gegeben.

El Salvador

Artikel zur Situation der Bandengewalt im Rahmen des andauernden Ausnahmezustandes

Ein kürzlich erschienener Artikel der Onlinezeitung El Faro bilanziert anekdotisch einige Ergebnisse des 10-monatigen Ausnahmezustandes und des sog. Krieges gegen die Banden, welcher Ende März 2022 begann. So seien grundsätzliche Verbesserungen in Bezug auf Bandengewalt spürbar, Bandenstrukturen bestünden nicht mehr im selben Umfang wie sie es früher taten. Der Artikel beruht auf Besuchen in ehemals von Banden dominierten Stadtvierteln und Gebieten sowie Gesprächen mit Anwohnenden, NGOs, Gemeindeverantwortlichen, Gewerkschaftsvertretenden, Bandenmitgliedern und Polizeibeamten. Die Präsenz der Banden sei dort erheblich zurückgegangen oder fast vollständig verschwunden, Erpressungsdelikte hätten im Empfinden der Bevölkerung deutlich abgenommen, unsichtbare Grenzen basierend auf ehemaligen Einflussgebieten verschiedener Banden könnten nun überschritten, Gemeinschaftsflächen wieder genutzt werden. Auch verschiedene Gewerkschaften stützen die These des Abnehmens von Erpressungsdelikten, wenngleich dies aktuell nicht unabhängig anhand konkreter Zahlen belegt werden kann. Dennoch stellen einige im Artikel zitierte Personen die Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen in Frage; zudem besteht die Angst, dass der aktuelle Zustand nur vorübergehender Natur sein könnte. Andere Stimmen machen auf den mutmaßlichen Gegensatz zwischen der Reduktion von Erpressungsdelikten in den Hauptstadtgebieten und den stärker fortbestehenden Problemen in ländlichen Gegenden aufmerksam. Im

Rahmen der Befragungen wurde zudem von willkürlichen Verhaftungen von Zivilpersonen ohne Bandenbezug berichtet, auch verschiedene NGOs dokumentierten im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand zahlreiche entsprechende Fälle sowie unverhältnismäßige Gewaltanwendung und den Tod von Personen in Haft. Bis Januar 2023 wurden Regierungsangaben zufolge mehr als 63.000 Personen festgenommen, erst kürzlich wurde ein neues Gefängnis mit einer Kapazität für bis zu 40.000 Gefangene fertiggestellt. Sicherheitsminister Gustavo Villatoro kündigte das Aufrechterhalten des Ausnahmezustands bis zur Festnahme aller Bandenmitglieder sowie die Zusammenarbeit mit umliegenden Ländern zur Festnahme geflohener Bandenmitglieder an.

Irak

Anti-IS-Operation: Zwei Soldaten getötet

Bei einem Anti-Terror-Einsatz der irakischen Armee am 16.02.23 im nördlich von Bagdad gelegenen Tarmiya (Provinz Salah al-Din) kamen zwei Soldaten ums Leben; drei mutmaßliche IS-Mitglieder wurden ebenfalls getötet. Der Vorfall ereignete sich am Rande einer jährlichen Pilgerreise schiitischer Muslime. Berichten zufolge hatten irakische Sicherheitskräfte zuvor Hinweise auf Anschlagpläne des IS gegen schiitische Pilger erhalten.

Iran

Demonstrationen in mehreren Städten

Laut Medienberichten wurde am Abend des 16.02.23 erstmalig seit Januar 2023 erneut in mehreren Städten gegen die Führung der Islamischen Republik demonstriert, u.a. in Teheran und Umgebung, Ahvaz, Izeh (beide Khuzestan), Shiraz (Fars) und Isfahan (gleichnamige Provinz). Demonstrierende in Sanandaj (Provinz Kordestan) hätten Feuer gelegt und Straßen blockiert. Es soll vereinzelt zu Auseinandersetzungen zwischen Ordnungskräften und Protestteilnehmenden gekommen sein. Im Vorfeld sei anlässlich des 40. Tages nach der Vollstreckung zweier Todesurteile zu weiteren Protesten aufgerufen worden. Die Protestbeteiligung sei beobachtenden Stellen zufolge im Vergleich zum Zeitraum September 2022 bis Dezember 2022 jedoch geringfügiger ausgefallen.

Neunjährige Haftstrafe für bekannten Sozialwissenschaftler bestätigt

Medienberichten zufolge wurde das erstinstanzliche Hafturteil gegen einen bekannten regimekritischen Soziologen durch das Berufungsgericht in Teheran bestätigt. Der Akademiker sei aufgrund der Vorwürfe der Bildung und Führung antirevolutionärer Gruppen und Propaganda gegen das System zu insgesamt neun Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er war am 28.12.21 an seiner Ausreise zu Forschungszwecken in die Vereinigten Staaten gehindert und bis zu seiner Festnahme am 16.05.22 mit einem Ausreiseverbot belegt worden. Seine vorläufige Inhaftierung im Teheraner Evin-Gefängnis war seitdem wiederholt verlängert worden (vgl. BN v. 23.05.22 u. 15.08.22). In seinen Schriften befasste sich der Sozialwissenschaftler u.a. mit der Situation von Häftlingen in Iran sowie mit Protestereignissen. Er war bereits in der Vergangenheit zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Jemen

Zahl der Migrantinnen und Migranten vom Horn von Afrika deutlich angestiegen

Laut IOM ist die Zahl der Personen, die vom Horn von Afrika nach Jemen reisen, im Jahr 2022 deutlich angestiegen, darunter viele alleinreisende Frauen mit Kindern. Die meisten nutzen Jemen als Transitland auf dem Weg in wohlhabendere Golfstaaten, sind sich oftmals aber nicht der Situation in Jemen und der undurchlässigen Grenzen bewusst. Afrikanische Migranten in Jemen werden regelmäßig Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, u.a. willkürliche Verhaftung oder Zwangsrekrutierung. Dies trifft Berichten zufolge insbesondere auf die Gebiete unter Houthi-Kontrolle zu.

Kambodscha

Regierung schließt unabhängige Nachrichtenagentur

Am 12.02.23 verkündete Premierminister Hun Sen die Schließung der Voice of Democracy (VOD), einer der letzten und wichtigsten unabhängigen Nachrichtenagenturen des Landes. Zum Anlass für diesen Schritt nahm er einen Artikel der VOD vom 09.02.23. Darin wurde erwähnt, dass Sens Sohn, Generalleutnant Hun Manet, ein Abkommen über Hilfslieferungen für die türkischen Erdbebengebiete unterzeichnet habe, was offensichtlich eine Überschreitung seiner Befugnisse darstellt. Das Medium habe mit diesem Bericht „die Würde und den Ruf“ der Regierung verletzt. Die Schließung wurde am 13.02.23 vollzogen und stellt eine weitere Intensivierung des seit Jahren andauernden Vorgehens von Hun Sen gegen unabhängige Medien und die politische Opposition dar. Amnesty International sieht darin eine klare Warnung an kritische Stimmen im Hinblick auf die für Juli 2023 angesetzten Parlamentswahlen.

Kolumbien

WFP: Mehr als 15 Mio. Menschen von mäßiger und schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen

Laut Angaben des Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) vom 15.02.23 leiden mehr als 13 Mio. Menschen in Kolumbien an mittlerer und über 2 Mio. an schwerer Ernährungsunsicherheit. Diese Zahlen gehen auf Untersuchungen im Land zwischen Juni und November 2022 zurück. Für die Ernährungsunsicherheit verantwortlich sei neben Arbeitslosigkeit und Armut auch der anhaltende Konflikt im Land. Die Situation habe sich zudem aufgrund der Pandemie, des Klimawandels sowie Versorgungsengpässen im Zuge des Ukrainekrieges verschärft. Besonders von Ernährungsunsicherheit betroffen waren Bundesstaaten an der Küste, wie Córdoba (70 %), Sucre (63 %), Cesar (55 %), Bolívar (51 %) y La Guajira (50 %), aber auch Arauca (62 %) an der Grenze zu Venezuela. Außerdem seien auch afrokolumbianische und indigene, von Frauen oder von Opfern des bewaffneten Konflikts geführte Haushalte besonders betroffen.

Libanon

Wirtschaftslage

Seit der Anhebung des offiziellen, aber nur für wenige Waren angewandten Wechselkurses von 1:1507 zum US-Dollar auf 1:15.000 ist die libanesische Lira in eine Phase schnellen Verfalls eingetreten. In der Woche vom 13.02. bis 19.02.23 fiel der Schwarzmarktkurs, der im Alltag die entscheidende Rolle spielt, von ca. 1:66.000 auf 1:80.000 und scheint sich weiterhin nicht zu stabilisieren. Neben einem System, in dem Preise vermehrt in Dollar ausgeschrieben und dann anhand des derzeitigen Wechselkurses in Lira bezahlt werden, gehen Geschäfte dazu über, nur noch US-Dollar anzunehmen, womit der bisher schleichende, aber deutliche Prozess der Dollarisierung sich erheblich beschleunigt. Etwa 13 % der libanesischen Arbeitskräfte werden in Devisenwährungen bezahlt.

Mehrere der großen Banken Libanons haben weiterhin geschlossen und derzeit gibt es kein Datum für eine Wiedereröffnung, was das Wirtschaftsleben weiter lähmt. Der Bedarf der 14 größten Banken Libanons wird auf 67 Mrd. USD beziffert, eine Summe, von der angenommen wird, dass sie realistischweise nicht zu erlangen ist. Mehrere Banken kündigten kurze Öffnungen zum Ende des Monats an, um Lohngehälter auszahlen zu können. Im Zuge von Demonstrationen wurden vor manchen Filialen Reifen in Brand gesetzt.

Parallel sorgte die Anhebung des Wechselkurses für die Notwendigkeit einer weiteren Anpassung des Brotpreises. Der massiv subventionierte offizielle Wechselkurs gilt nur für wenige Güter wie manche Medikamente. Die Packungsgrößen für das weit verbreitete arabische Brot wurden erneut reduziert und die Preise angehoben. Von den ursprünglichen Packungsgrößen von 2019 (500, 1.000 und 1.500 Gramm) sind nun 343, 832 und 1.052 Gramm verblieben. Der Preis pro kg Brot hat sich seit der Festlegung im Mai des Vorjahres damit knapp verdoppelt.

Libyen / Ägypten

Ägyptische Christen nach Entführung freigelassen

In der Woche vom 06.02. bis 12.02.23 waren Medienangaben zufolge sechs christliche Arbeiter aus Ägypten von einer bewaffneten Gruppierung an einem libyschen Kontrollpunkt entführt worden, um Lösegeld zu erpressen. Am 18.02.23 kamen die Betroffenen laut der ägyptischen Botschaft wieder frei.

Immer wieder kommt es in Libyen zur Entführung von Menschen durch bewaffnete Gruppierungen, um Geld zu erpressen, Oppositionelle einzuschüchtern oder Druck auf politische Entscheidungsträger auszuüben.

Nicaragua

Mehr als 90 weiteren Personen wurde die nicaraguanische Staatsbürgerschaft entzogen

Laut Angaben der Justiz vom 15.02.23 sind 94 weitere regierungskritische, bereits mehrheitlich im Exil lebende Personen in Abwesenheit wegen Hochverrats schuldig gesprochen und als flüchtig eingestuft worden. Ihnen ist in der Folge zudem die nicaraguanische Staatsangehörigkeit entzogen (vgl. BN v. 13.02.23) worden. Die Konfiszierung ihrer Vermögenswerte im Land wurde angeordnet; in diesem Zusammenhang fanden bereits am 17.02.23 übereinstimmenden Medienberichten zufolge die ersten Beschlagnahmungen von Wohnungen statt. Bei den betroffenen Personen handelt es sich u.a. um Medienschaffende, Menschenrechtsverteidigende, Politikschaffende sowie den katholischen Bischof Silvio Báez. Spanien hat diesen Personen ebenso wie den über 200 am 09.02.23 in die USA abgeschobenen, ausgebürgerten Personen (vgl. BN v. 13.02.23) den Erhalt der Staatsbürgerschaft angeboten.

Nigeria

Angriffe auf Polizeistationen im Süden

Laut Medienberichten haben Männer in Uniformen der nigerianischen Armee am 15.02.23 eine Polizeistation in der Ortschaft Ogijo im südwestlichen Bundesstaat Ogun angegriffen und mehrere Personen verletzt. Auslöser soll eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen einem Polizisten und einem Soldaten gewesen sein. Allerdings liegen zu den Einzelheiten des Vorfalls keine offiziell bestätigten Informationen vor. In jüngerer Zeit waren vermehrt Angriffe gegen Sicherheitskräfte und staatliche Einrichtungen in Nigerias Südosten gemeldet worden, häufig aus den Bundesstaaten Imo und Anambra. Zuletzt haben Unbekannte am 19.02.23 eine Polizeistation in Ogidi in der Local Government Area (LGA) Idemili North im Bundesstaat Anambra attackiert und dabei drei Polizisten getötet.

Warnung vor wahlbedingten Gewaltereignissen

Beobachterinnen und Beobachter befürchten Gewaltausbrüche anlässlich der auf den 25.02.23 terminierten General Elections, bei denen rd. 93,5 Mio. registrierte Wahlberechtigte u.a. zur Wahl des nächsten Staatspräsidenten Nigerias aufgerufen sind. Für den Wahltag sind massive Sicherheitsvorkehrungen vorgesehen. Auch bleiben alle Universitäten im Zeitraum 22.02. bis 14.03.23 geschlossen (vgl. BN v. 13.02.23). Die Unterstützung der drei aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten Atiku Abubakar von der Peoples Democratic Party (PDP) (vgl. BN v. 30.05.22), Bola Tinubu von der Partei All Progressives Congress (APC) (vgl. BN v. 20.06.22) und Peter Obi von der Labour Party (LP) (vgl. BN v. 23.01.23) lässt sich zumindest teilweise auch auf die Herkunft sowie die ethnische und religiöse Zugehörigkeit der Kandidaten und ihrer Anhängerschaft zurückführen.

Pakistan

Anschlag auf Sicherheitskräfte in Karachi

Am 17.02.23 kamen bei einem Anschlag auf einem Polizeigelände in Karachi drei Sicherheitskräfte und ein Zivilist ums Leben, mehrere Menschen wurden verletzt. Mutmaßlich drangen zwei bewaffnete Selbstmordattentäter in eines der Polizeigebäude ein und nahmen vorübergehend Geiseln. Anschließend waren Schüsse zu hören und mindestens einer der Täter soll sich in die Luft gesprengt haben. Zum Anschlag bekannte sich die Tehreek-e-Taliban Pakistan (TTP).

Russische Föderation

Langjährige Haftstrafe für Journalistin wegen Berichterstattung über den Ukraine-Krieg

Am 15.02.23 wurde die für die unabhängige Zeitung RusNews tätige Journalistin Maria Ponomarenko wegen Verbreitung von Falschinformationen über die russischen Streitkräfte (Art. 207.3 des russischen Strafgesetzbuches) durch ein Bezirksgericht in der Stadt Barnaul zu einer Gefängnisstrafe von sechs Jahren in einer Strafkolonie verurteilt. Gleichzeitig wurden ihr die Ausübung der journalistischen Tätigkeit sowie sämtliche Online-Aktivitäten für die Dauer von fünf Jahren nach Verbüßen der Haft untersagt. Die Journalistin hatte im April 2022 in einem Beitrag auf Telegram über den Angriff der russischen Luftwaffe auf das Theater der ukrainischen Stadt Mariupol berichtet, in dem rd. 1.000 Personen Schutz gesucht hatten. Bei der Bombardierung am 16.03.22 wurden nach Berichten der ukrainischen Behörden und Associated Press zwischen 300 und 600 Personen getötet.

Seit dem Erlass des Gesetzes über die Verbreitung von Falschinformationen über die Streitkräfte am 04.03.22 sind bereits rd. 150 Personen aufgrund angeblicher Falschinformationen von russischen Gerichten verurteilt worden. Nach Angaben des Bürgerrechtsportals OWD-Info ist Ponomarenko die erste Frau, die in diesem Zusammenhang mit einer Gefängnisstrafe belegt wurde.

Senegal

Verbotene PASTEF-Demonstration: Mehrere Dutzend Festnahmen und Anklagen

Medienberichten zufolge wurden am 10.02.23 in Mbacké und Touba 69 Personen festgenommen, nachdem es wegen eines behördlichen Verbotes einer geplanten Demonstration der Oppositionspartei Patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité (PASTEF) zu Ausschreitungen, Plünderungen und Sachbeschädigungen gekommen war (vgl. BN v. 13.02.23). Unter den Festgenommenen hätten sich einige Minderjährige und Schulkinder befunden. Am 16.02.23 habe ein Gericht die vorläufige Freilassung von 13 Personen, wohl vor allem Minderjährige, angeordnet und die restlichen Festgenommenen aufgrund eines richterlichen Untersuchungshaft- bzw. Einlieferungsbefehls ("mandat de depot") in ein Gefängnis überstellt. Der Gewahrsam der in Untersuchungshaft genommenen Personen wurde zuvor von Seiten der Staatsanwaltschaft unter Rückgriff auf die seit Jahren vom UN-Ausschuss gegen Folter (CAT) kritisierte Praxis des „retour de parquet“ verlängert. Gegen alle 69 Personen sei Anklage wegen verschiedener Straftaten und Ordnungswidrigkeiten erhoben worden – darunter Verstöße gegen das Demonstrationsrecht sowie Sachbeschädigungs- und Eigentumsdelikte.

Ereignisse und Proteste um die Vertagung des Verleumdungsprozesses gegen Oppositionsführer Sonko

Der für den 16.02.23 angesetzte und von einem großen Polizeiaufgebot begleitete Verleumdungsprozess gegen PASTEF-Parteiführer Ousmane Sonko (vgl. BN v. 06.02.23) wurde erneut vertagt – auf den 16.03.23. Nach Angaben der Presseagentur Reuters kam es zum Tränengaseinsatz gegen Hunderte von Sonko-Anhängenden, die versuchten, sein Fahrzeug über eine der Hauptverkehrsstraßen Dakars zu begleiten. Anderen Medienberichten zufolge stand ein Tränengaseinsatz der Polizei im Zusammenhang mit dem Versuch seiner Anhängerschaft, sich Zugang zu dem Gerichtsgebäude zu verschaffen. Videoaufnahmen in den sozialen Medien würden zeigen, wie Sonkos Fahrzeug nach dem Gerichtsprozess von der Polizei angehalten, er zum Aussteigen aufgefordert und nach dessen Weigerung gewaltsam von den Polizeikräften aus dem Fahrzeug gezogen worden sein soll. Sonko habe eine polizeilich vorgegebene Strecke nicht einhalten wollen. Spätere Aufnahmen würden weiter zeigen, wie Sonko von der Polizei nach Hause verbracht worden sei. Im weiteren Tagesverlauf sei Sonko daran gehindert worden, eine Pressekonferenz in der PASTEF-Parteizentrale abzuhalten, laut einem Medienbericht angeblich durch Einsatz von Tränengas gegen ihn und begleitende Personen.

Drei Medienschaffende, die über die vorgenannten Vorfälle berichten wollten, wurden zeitweilig festgenommen und es gibt Berichte über die Beschlagnahmung ihrer Arbeitsmaterialien sowie die teilweise Löschung von Bildern. In Bignona (Region Ziguinchor) sowie in einigen Stadtteilen der Großstadt Ziguinchor kam es bei Protesten Jugendlicher zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und den Demonstrierenden, die u.a. zu zahlreichen Festnahmen geführt hätten. Protestierende hätten angeführt, gegen die Polizeigewalt und das Verhindern der geplanten Pressekonferenz Sonkos zu demonstrieren.

Somalia

Streitkräfte töten über 200 Kämpfer der al-Shabaab

Nach Regierungsangaben sollen bei Kämpfen in Iji in der Region Hiran über 200 Milizen der al-Shabaab getötet worden sein. Unter den Todesopfern sei auch der für die Region zuständige Kommandierende Yusuf Ali Sheikh sowie Salad Mohamud Siyad und sein Stellvertreter Hussein Dhere, Führungskräfte der al-Shabaab in der Region in Middle Shabelle. Es habe sich um einen koordinierten Angriff unter Beteiligung ausländischer Streitkräfte und Clan-Milizen gehandelt, bei dem auch Dutzende Militante gefangen genommen worden seien.

In einer weiteren Operation wurden mindestens zwölf weitere al-Shabaab-Kämpfer getötet, als die somalische Armee einen Angriff im Dorf Sunguni, 50 km nördlich von Kismayo (Region Jubaland), abwehrte.

Freilassung des Journalisten Abdalle Ahmed Mumin

Am 13.02.23 wurde der Journalist und Generalsekretär der Somali Journalists Syndicate (SJS) Abdalle Ahmed Mumin einige Stunden nach seiner Verurteilung zu einer zweimonatigen Haftstrafe wegen sicherheitsrelevanter Vorwürfe durch ein Gericht in Mogadischu freigelassen. Er erklärte, dass Gefängnisbeamte ihn mit der Begründung freiließen, dass frühere Festnahmen und das Erscheinen vor Gericht die vom Richter verhängte Haftstrafe kompensiert hätten. Mumin wurde im Oktober 2022 festgenommen, als verstärkt gegen Medienschaffende, denen die Veröffentlichung angeblicher al-Shabaab-Propaganda vorgeworfen wurde, vorgegangen wurde (vgl. BN v. 24.10.22 u. 31.10.22).

Sudan

Sicherheitslage in West-Darfur und Süd-Darfur

Medien berichten wiederholt über eine zunehmende Verschlechterung der Sicherheitslage in den Darfur-Regionen. Demnach kam es in West-Darfur zu erneuten Gewaltausbrüchen (vgl. BN v. 13.02.23), in deren Zuge zwei Soldaten getötet und drei verletzt wurden. Am 12.02.23 wurde in der Region um das Dorf Kerenik eine Einheit der zuvor in die Region entsandten gemeinsamen Kräfte der Armee, der Rapid Support Forces (RSF) und der Polizei von unbekanntem Personen angegriffen.

Zudem seien insbesondere Frauen die in Flüchtlingscamps leben, zunehmend Opfer gewaltsamer, sexueller Übergriffe. Am 15.02.23 wurden Medienberichten zufolge zwei Frauen nahe der Ortschaft Tabit in Nord-Darfur von unbekanntem bewaffneten Personen überfallen und vergewaltigt. Nahe der Stadt El Fasher wurde eine Frau überfallen und erschossen.

In Süd-Darfur sei es Medienberichten zufolge am 14.02.23 zu gewaltsamen Übergriffen nahe eines Flüchtlingscamps bei der Ortschaft Mershing gekommen. Demnach seien drei Frauen von bewaffneten Personen überfallen und vergewaltigt worden, als sie Feuerholz sammeln wollten. Zudem seien sieben Personen von bewaffneten Angreifern überfallen, zusammengeschlagen und ausgeraubt worden.

Körperstrafen erstmals seit zehn Jahren verhängt

Medienberichten zufolge wurden bereits vor zwei Wochen (KW5) drei Männer in Omdurman wegen Diebstahls jeweils zur Amputation einer Hand verurteilt. Zudem seien sie mit einer Geldstrafe sowie einer Freiheitsstrafe belegt worden. Das Urteil wurde erst vor kurzem bekannt und ist das erste dieser Art seit fast zehn Jahren. Der Rechtsanwalt der drei verurteilten Männer kritisierte, dass das Urteil gegen die im August 2021 vom Sudan unterzeichnete UN-Konvention zur Abschaffung von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung verstoße. Er warf der militärischen Übergangsregierung fehlenden Reformwillen bezüglich der entsprechenden Rechtsprechung vor. Die Menschenrechtsorganisation African Centre for Justice and Peace Studies warf den sudanesischen Behörden zudem vor, ein unfaires Verfahren betrieben zu haben.

Südafrika

Katastrophenfall wegen Überschwemmungen

Am 13.02.23 rief Präsident Cyril Ramaphosa den nationalen Katastrophenzustand als Reaktion auf weit verbreitete Überschwemmungen in sieben der neun Provinzen aus. Mpumalanga und das Ostkap sind am stärksten von den

Überschwemmungen, die durch überdurchschnittlich starke Regenfälle infolge eines Kälteeinbruchs ausgelöst worden sind, betroffen. Der Notstand gibt der Regierung zusätzliche Befugnisse, einschließlich der Beschaffung und Lieferung von Waren und Dienstleistungen. Bei den Überschwemmungen sollen mindestens zwölf Menschen ums Leben gekommen sein. Schäden an Gebäuden, darunter einem Krankenhaus, Straßen und Brücken wurden gemeldet.

Erst am 09.02.23 war der nationale Katastrophenzustand wegen der Energiekrise ausgerufen worden (vgl. BN v. 13.02.23).

Syrien

Grenzöffnungen nach Erdbebenkatastrophe; Todeszahl steigt auf ca. 6.000

Am 14.02.23 verkündete UN-Generalsekretär Guterres, dass sich der syrische Staatspräsident Baschar al-Assad nach Verhandlungen dazu bereit erklärt hätte, neben Bab al-Hawa temporär zwei weitere Grenzübergänge für internationale Hilfslieferungen zu öffnen. Die Übergänge bei Bab al-Salama und al-Rai befinden sich beide in von Rebellen kontrollierten Teilen des Gouvernements Aleppo und sollen zunächst drei Monate lang für internationale Hilfslieferungen in die Erdbebenregion geöffnet bleiben. Obwohl sich die Gebiete nicht unter Regierungskontrolle befinden, sind UN-Hilfen auf das Einverständnis des völkerrechtlichen Souveräns angewiesen.

Ebenfalls am 14.02.23 erklärte die türkische Regierung, dass sie es syrischen Erdbebenopfern in der Türkei ermöglichen wolle, zwischenzeitlich nach Syrien zurückkehren zu können, ohne dass diese ihren Schutz- bzw. Aufenthaltsstatus in der Türkei verlieren müssten. In der Regel müssen syrische Geflüchtete in der Türkei fürchten, ihren besonderen Status zu verlieren und fünf Jahre lang für eine Einreise in die Türkei gesperrt zu werden, falls sie ohne besondere Genehmigung nach Syrien zurückkehren sollten.

Schätzungen zufolge sollen sich zum Zeitpunkt der Erdbeben am 06.02.23 (vgl. BN v. 06.02.23 u. 13.02.23) in den betroffenen türkischen Gebieten etwa 1,7 Mio. Syrerinnen und Syrer aufgehalten haben.

Ein Sprecher der syrischen Rebellengruppe, die den Grenzübergang bei Bab al-Hawa kontrolliert, ließ verlauten, dass am 15.02.23 bereits ca. 1.800 Personen über die Grenze nach Nordwestsyrien gekommen wären. Am 19.02.23 sind UN-Angaben zufolge bereits 175 Lastwagen mit Hilfslieferungen über den Bab al-Hawa Grenzübergang sowie 22 über den Bab al-Salama Grenzübergang von der Türkei nach Syrien gelangt. Auch mehr als 1.700 Leichname von in der Türkei verstorbenen Syrerinnen und Syrern seien demnach nach Syrien gebracht worden.

Einer internationalen Presseagentur zufolge sind seit der Erdbebenkatastrophe sämtliche Hilfslieferungen aus Damaskus in die Rebellengebiete von der dort herrschenden Extremistengruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS) zurückgewiesen worden.

Die UN geht unterdessen von ca. 6.000 Todesopfern in Syrien aus, 4.400 davon in den von Rebellen und 1.600 in den von der Regierung kontrollierten Gebieten (Stand 17.02.23).

Damaskus: Fünf Tote bei vermutlich von Israel durchgeführtem Luftangriff

Syrischen Staatsmedien zufolge starben bei einem israelischen Luftangriff auf ein Wohngebiet in Damaskus am frühen Morgen des 19.02.23 fünf Personen, darunter ein Soldat. 15 weitere Zivilpersonen seien demnach verwundet worden. Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) berichtete dagegen die Luftangriffe hätten 15 Todesopfer gefordert, darunter eine Frau. Demnach wären Luftangriffe auf ein Ziel im ländlichen Bereich von Damaskus erfolgt sowie auf weitere Ziele im Damaszener Stadtteil Kafr Sousa, darunter eine iranische Schule. Israelische Luftangriffe richten sich in der Regel gegen von Iran unterstützte Milizen.

Die israelische Regierung äußerte sich ihrer bisherigen Praxis entsprechend hierzu nicht.

Homs: Mindestens 53 Tote bei IS-Angriff

Syrischen Staatsmedien zufolge wurden bei einem Angriff des sog. Islamischen Staats am 17.02.23 nahe der Ortschaft Sukhna mindestens 53 Personen getötet. Die Angreifer näherten sich mit Motorrädern einem Checkpoint der syrischen Armee und eröffneten das Feuer auf die Militärangehörigen sowie auf in der Nähe aufhältige Zivilpersonen. Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) zufolge seien mehr als 68 Personen bei dem Angriff getötet worden, der Großteil Zivilpersonen.

Seit ihrer weitgehenden Zurückdrängung im März 2019 agiert die Gruppierung primär über Schläferzellen. Der Überfall im Gouvernement Homs stellt den bislang größten Angriff des IS in diesem Jahr dar.

Ebenfalls am 17.02.23 verkündete das US-Militär die Tötung eines ranghohen IS-Mitglieds namens Hamza al-Homsi im Nordosten Syriens.

Togo

Tödliche Attacke im Norden

Laut Medienberichten haben unbekannte Angreifer am 10.02.23 in der nördlichen Präfektur Kpendjal rd. 30 Zivilpersonen getötet. Der Tatort liegt in der an Burkina Faso angrenzenden Region Savanes, für die seit Juni 2022 ein Sicherheitsnotstand gilt (vgl. BN v. 20.06.22). Zu Einzelheiten der Gewalttat liegen keine offiziellen Informationen vor. Einer Medienmeldung zufolge gelang es Angehörigen der togoischen Streitkräfte rd. zehn der Angreifer aufzuspüren und zu töten. Vor dem Hintergrund der Bedrohungslage im Norden (vgl. BN v. 06.12.22) hat Präsident Gnassingbé Ende 2022 Umstrukturierungen der Sicherheitsbehörden vorgenommen (vgl. BN v. 02.01.23).

Tschad

Massenprozess gegen Mitglieder der Rebellengruppe FACT begonnen

Am 13.02.23 soll der Gerichtsprozess gegen mindestens 150 Mitglieder der Rebellengruppierung Front pour l'alternance et la concorde au Tchad (FACT) in einem Hochsicherheitsgefängnis in Kléssoum begonnen haben. Den Angeklagten wird u.a. Terrorismus, die Rekrutierung von Kindersoldaten, die Untergrabung der nationalen Sicherheit sowie die Ermordung des ehemaligen Präsidenten Idriss Déby vorgeworfen. Déby war im April 2021 bei einem Frontbesuch im Norden des Landes getötet worden, als die FACT von ihrem Stützpunkt in Südlibyen aus, eine Offensive zum Sturz der Regierung startete (vgl. BN v. 26.04.21). Anfang Mai 2021 endeten die Kämpfe zwischen Truppen des Militärs und der FACT; 156 Kämpfende sollen dabei verhaftet worden sein.

Türkei

Folgen der Erdbeben

Am 20.02.23 wurde berichtet, dass bei den Erdbeben vom 06.02.23 in der Türkei und in Syrien mehr als 46.000 Menschen getötet wurden. Die Zahl der Todesopfer in der Türkei liegt Medienberichten zufolge bei 40.642, während das benachbarte Syrien mehr als 5.800 Todesopfer meldete. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Todesopfer weiter ansteigen wird. Es werden noch immer viele Menschen vermisst. Etwa 345.000 Wohnungen wurden in der Türkei zerstört. Fast zwei Wochen nach dem Erdbeben beendet die Türkei ihre Rettungsbemühungen. In neun der insgesamt elf betroffenen Provinzen der Türkei wurden die Rettungsmaßnahmen am 19.02.23 eingestellt.

Verhaftungen im Zusammenhang mit den Erdbeben

Am 19.02.23 berichteten türkische Medien, dass die Behörden nach Ermittlungen zu den von den tödlichen Erdbeben zerstörten Gebäuden 131 Verdächtige festgenommen haben. Berichten zufolge hätten 430 Verdächtige die Verantwortung für die aufgrund mangelhafter Bauweise zerstörten Gebäude getragen.

Freiwillige Rückkehr von syrischen Flüchtlingen

Am 19.02.23 erklärte Verteidigungsminister Hulusi Akar, dass nach den jüngsten Erdbeben im Süden der Türkei 10.633 syrische Flüchtlinge freiwillig über die Grenze nach Syrien zurückgekehrt seien. Er wies damit Berichte zurück, wonach die Türkei mit einer neuen Migrationswelle konfrontiert sei.

Tunesien

Landesweite Demonstrationen gegen schlechte ökonomische Bedingungen und jüngste Verhaftungen

Am 18.02.23 sollen Medienangaben zufolge mehrere tausend Menschen landesweit gegen die sich verschlechternden Lebensbedingungen und die jüngsten Verhaftungen von politischen Gegnern demonstriert

haben (vgl. BN v. 13.02.23). In acht Städten, u.a. in Sfax, Monastir, Kasserine und Kairouan, waren die Protestierenden einem Aufruf des Gewerkschaftsbundes Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT) gefolgt.

Ukraine

Kriegsgeschehen und humanitäre Situation

Russische Streitkräfte führten am 16.02.23 erneute Luftschläge auf kritische Infrastruktureinrichtungen in unterschiedlichen Teilen der Ukraine durch, dabei wurden laut Medienberichten u.a. Ziele in den Gebieten Lwiw, Poltawa, Dnipropetrowsk und Kirowohrad getroffen. Unverändert schwere Gefechte und Luftangriffe finden laut Medienberichten entlang der Frontlinie in den Gebieten Donezk und Luhansk statt. Ukrainischen Angaben zufolge werde mit einer Intensivierung russischer Angriffe mit Blick auf den nahenden Jahrestag der russischen Invasion gerechnet. Die ukrainische Regierung forderte am 17.02.23 die auf rd. 5.000 bis 6.000 Menschen geschätzte verbliebene Zivilbevölkerung in der schwer umkämpften Stadt Bachmut zur sofortigen Flucht auf. Die Militärverwaltung des Gebiets Donezk meldete am 19.02.23 drei getötete sowie eine verletzte Zivilperson aufgrund des Kriegsgeschehens. Laut Mitteilung der regionalen Militärverwaltung in Cherson kamen bei russischen Artillerieangriffen im Gebiet Cherson am 17.02. und 19.02.23 mindestens sechs Zivilpersonen ums Leben. Am 19.02.23 wurde im Gebiet Charkiw bei Luftangriffen laut Angaben regionaler Behörden eine Zivilperson getötet und vier weitere verletzt.

Kriegsschäden an Wohngebäuden

Die ukrainische Regierung gab am 17.02.23 bekannt, dass bislang rd. 325.000 Berichte der ukrainischen Zivilbevölkerung über beschädigte oder zerstörte Wohnungen aufgrund des Kriegsgeschehens eingegangen seien. Bereits im Januar teilte die Regierung mit, dass rd. 2,4 Mio. Menschen von kriegsbedingt beschädigtem oder zerstörtem Wohnraum betroffen seien. Medienberichten zufolge werde derzeit im ukrainischen Parlament ein Gesetzesentwurf über die Einrichtung eines Entschädigungsmechanismus für Betroffene diskutiert. Laut Mitteilung des ukrainischen Infrastrukturministeriums seien bereits über 316.000 Anträge auf Entschädigung eingegangen, vorrangig berücksichtigt werden sollen im Falle der Umsetzung des Gesetzes u.a. Angehörige der ukrainischen Streitkräfte, Menschen mit Behinderungen bzw. aufgrund des Krieges invalide gewordene Personen und Familien gefallener Kriegsveteranen.

Venezuela

Jahresbericht NGO Foro Penal: Bilanz der Festnahmen aus politischen Gründen im Jahr 2022

Laut Jahresbericht 2022 der NGO Foro Penal sind im vergangenen Jahr insgesamt 26 Personen aus politischen Gründen festgenommen worden, die Gesamtzahl politischer Gefangener lag Ende 2022 bei 274 Personen. 87 der aus politischen Gründen inhaftierten Personen seien bereits seit mehr als drei Jahren ohne Urteil inhaftiert. Die Zahl der Festnahmen aus politischen Gründen im Jahr 2022 sei dabei im Juni (elf) am höchsten gewesen, gefolgt von Juli (sechs); Caracas (13) sei im Jahresverlauf der Ort mit den meisten Festnahmen gewesen. 13 der 26 festgenommenen Personen werde Verschwörung vorgeworfen, neun seien im Zusammenhang mit Demonstrationen festgenommen worden.

Bericht NGO FundaRedes: Bilanz der Gewalt in sechs grenznahen Bundesstaaten im Januar 2023

Laut Angaben der NGO FundaRedes sind im Januar 2023 in sechs grenznahen Bundesstaaten (Zulia, Bolívar, Táchira, Amazonas, Falcón und Apure) insgesamt 57 Menschen getötet worden. Die meisten Fälle ereigneten sich im Bundesstaat Zulia an der Grenze zu Kolumbien, wo 30 Personen getötet worden sind und es zu 13 bewaffneten Auseinandersetzungen kam. Der Bundesstaat Bolívar an der Grenze zu Brasilien belegte mit 16 Tötungsdelikten und vier bewaffneten Auseinandersetzungen den zweiten Rang.

